Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegrammschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 12.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 80. Dienstag, 3. April 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 24 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundzeile für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Zeilenplätze, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige kostenlose Veröffentlichungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 13.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Weltschulden.

gn. Die Statistiker haben in den letzten Jahren wiederholt versucht, die Schulden der europäischen Staaten festzustellen. Man kann bei einer solchen Berechnung tatsächlich nur vom Schuldner Europa sprechen, weil die anderen Länder, in der Hauptsache Amerika, durch den Krieg und die Nachkriegszeit Gläubiger geworden sind. Es ist indessen bisher nicht möglich gewesen, eine genaue Uebersicht dieser Schulden zu geben. Man weiß wohl, was Frankreich, England, Italien an Amerika zahlen sollen, und man weiß auch so ungefähr freilich, welche Verbindlichkeiten Deutschland hat. Das sind indessen nur die Schulden, die politisch gewertet werden müssen. Berücksichtigt und genau festgestellt können jene Schulden nicht werden, die inzw. industrielle, wirtschaftliche und private Unternehmungen, außerdem die Kommunen gemacht haben. Es wird wohl richtig sein, was ein Volkswirtschaftler einmal sagte: „Europa ist derart verschuldet, daß Amerika gut 100 Jahre hindurch von den Zinsen leben könnte." Wenn man so auch nur die faßbaren Schulden immer vor Augen hat, erschrecken diese schon die führenden Männer Europas, die bisher, zum Beispiel Poincaré, teilweise der Ansicht gewesen sind, es könne ein Tag kommen, da ein dicker Strich unter die Schuldenlast gezogen wird. Amerika hat sich geweigert, diesen Strich zu ziehen, und selbst Poincaré hat inzwischen einsehen müssen, daß es deshalb an der Zeit sei, etwas zu unternehmen, um das Gespenst zu bannen oder wenigstens in sichtbare Fesseln zu legen.

Es ist bekannt, daß Deutschland wiederholt gefordert hat, einmal müsse die Endsumme der deutschen Zahlungen festgestellt werden. Und es ist bekannt, daß die früheren Ententemächte unter Führung Frankreichs sich immer wieder weigerten, irgend ein Entgegenkommen zu zeigen. Frankreich wollte nur dann die deutschen Zahlungen abgekürzt sehen, wenn es eine Verständigung mit Amerika erlangt hätte. Diese Verständigung ist ausgeblieben. Die Hochfinanz in Amerika weiß jedoch, daß die ungeklärte finanzielle Lage Europas unmöglich weiter bestehen kann, da auch Amerika und vor allem der amerikanischen Industrie nicht damit gedient sein kann, nur Nutznießer der deutschen Dawes-Zahlungen zu sein. Man weiß, daß in letzter Zeit mehrere Finanzmagnaten Amerikas in Frankreich und England gewesen sind, wohl infolge der offenkundigen Parteinahme Parker Gilberts für Deutschland und für eine Einschränkung der deutschen Zahlungen. Was hierbei verhandelt wurde, ist unbekannt geblieben, weil ja bekanntermaßen die Finanziers eher Diskretion wahren können, als die Politiker. Erst jetzt, nachdem Poincaré in einer Rede plötzlich völlig umgefallen ist und seinen alten Standpunkt, Deutschland müsse bis zum Weißbluten bezahlen, aufgegeben hat, kann man vermuten, welcher Art die Besprechungen amerikanischer Finanzmänner in Paris und London gewesen sind. Man will den amerikanischen Markt beeinflussen, der bekanntermaßen einen dauernden Niedergang aufweist, und das ist nur möglich, wenn das Absatzgebiet vergrößert wird, das heißt, wenn auch Europa wieder für amerikanische Erzeugnisse aufnahmefähiger gemacht werden kann. So sind amerikanische Konzessionen Voraussetzung, diese Konzessionen brauchen durchaus nicht von der amerikanischen Regierung gemacht zu werden. Es genügt, wenn die große amerikanische Industrie Frankreich gangbare Angebote unterbreitet. Und das scheint der Fall zu sein. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß Poincaré, der immer mit der Streichung der französischen Schulden rechnete, jetzt für eine Weltschuldenkonferenz eintritt, obwohl er genau weiß, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht daran denkt, einen Schuldennachlaß an Frankreich zu gewähren. Die Konzessionen der amerikanischen Industrie müssen also derartig sein, daß Poincaré in ihnen eine Lösung des Schuldenproblems erblickt.

Es ist begreiflich, daß man in Deutschland dieser Angelegenheit das allergrößte Interesse entgegenbringt und das Gerede Poincarés von den Regierungspersönlichkeiten, namentlich vom Auswärtigen Amt eingehend diskutiert wird. Selbstverständlich würde Deutschland, wenn Poincaré tatsächlich den Anstoß zu einer Weltschuldenkonferenz gibt, ohne weiteres daran teilnehmen und zwar in der Absicht, zu erreichen, daß einmal die Endsumme der deutschen Zahlungen festgestellt wird, sodann, um den Nachweis zu führen, daß die laufenden Daweslasten beträchtlich herabgesetzt werden müssen. Denn nur davon hängt es ab, ob Deutschland ein Absatzgebiet, das heißt aufnahmefähig für ausländische Einfuhr werden kann. — Und daran hat Amerika ja das größte Interesse, dahin werden die amerikanischen Finanziers bei der Bekehrung Poincarés gearbeitet haben.

Noch kein Tariferhöhungsantrag der Reichsbahn.

X Berlin. Der offizielle Antrag auf Erhöhung der Reichsbahntarife ist, wie die „Voss. Ztg." erfährt, beim Reichsverkehrsministerium noch nicht eingereicht worden. Die als Unterlage dienende Denkschrift wird erst in einigen Tagen fertiggestellt sein. Erst wenn der offizielle Antrag bei der Reichsregierung vorliegt, wird eine endgültige Stellungnahme der Regierung möglich sein. Da die Prüfung der Denkschriften und die sich daran anschließenden Verhandlungen mit den Ländern, insbesondere mit Preußen, das bisher noch nicht über diese Frage befragt worden ist, einige Zeit in Anspruch nehmen werden, ist selbst im Falle einer Genehmigung auf Grund der zweimonatigen Sperrfrist nicht mit einem Inkrafttreten erhöhter Tarife vor dem 1. Oktober zu rechnen.

Die Bestellungen des Reichsbahn-Zentralamts.

Ungeheure Ausdehnung der Untersuchung. — Neue Enthüllungen.

X Berlin. Ueber die von einem Sonderdezernat der Berliner Staatsanwaltschaft durchgeführte **Untersuchung der Geschäfte des Reichsbahnzentralamtes** berichtet eine Berliner Korrespondenz, daß die Nachforschungen sich **auf eine Reihe großer Firmen**, sowie auf **eine Bank in Frankfurt a. M. ausgedehnt** haben. Der dringende Verdacht bestehe, daß außer den schon bekannten Geschäften des Reichsbahnoberbaurats Müller noch weitere Lizenzgeschäfte vorgekommen sind.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht zur Zeit eine **Frankfurter Bank**, die in gewissem Sinne der Repräsentant einer Reihe großer Unternehmen der Eisenbranche ist. Der Reichsbahnbeamte Müller in Göttingen, der eine Verbesserung der Lagerung von Lokomotivkolbenstangen gemacht hatte, die äußerst brauchbar war, hatte sich mit der Bank in Verbindung gesetzt, um durch Verwertung der Lizenz auf sein Verfahren sich ein Nebeneinkommen zu sichern. Die Bank gab das Verfahren an eine Karlsruher Maschinenfabrik weiter. Müller geriet jedoch sehr bald in Differenzen mit der Bank, da ihm, wie er jetzt aussagt, deren Berliner Vertreter einen Teil der ihm zustehenden Beträge vorenthalten hat. Bei der Verwertung der Müllerschen Erfindung geriet die Bank und mit ihr die Karlsruher Maschinenbaufirma in einen Konkurrenzkampf mit einer Berliner Industriefirma, die ebenfalls die Müllersche Erfindung erworben hatte. Die Bank hat dann anscheinend versucht, leitende Beamten des Reichsbahnzentralamts wiederholt dazu zu veranlassen, die verbesserten Kolbenstangenlager nur aus Karlsruhe, nicht aber aus Berlin zu beziehen. Tatsächlich scheint das auch erfolgt zu sein, obwohl dem Reichsbahnzentralamt offenbar auf Betreiben der Berliner Konkurrenzfirma eine Mitteilung gemacht worden war, daß die Erfindung von einem ihrer Beamten herrühre und daß dieser erhebliche Lizenzgebühren dafür erhalte. Bei der Prüfung dieser Angelegenheiten ist man, wie die Korrespondenz weiter meldet, auch auf Verträge des Reichsbahnzentralamtes mit anderen großen Konzernen gestoßen, die jetzt noch näher untersucht werden sollen.

•

H Berlin. Die „Voss. Ztg." veröffentlicht **Enthüllungen über die Vorgänge beim Reichsbahnzentralamt**, die sie mit der Bemerkung einleitet, es **bestehe der Verdacht, daß der Leiter des Referats des Reichsbahnzentralamts Reichsbahndirektor Neumann von einzelnen Firmen, die durch Verträge begünstigt zu sein scheinen, Vorteile erhalten hat.** Es wurde festgestellt, daß Neumann eine **Villa in Neubabelsberg** von einem Vertragskontrahenten erhalten, von einem andern auf die Villa eine Hypothek hat eintragen lassen.

Nachdem das Blatt dann zunächst festgestellt hat, daß der zuerst bekannt gewordene Fall des Reichsbahnoberrats Schulze nur eine Episode innerhalb einer langen Kette gewesen ist, gibt es eine ausführlichere Schilderung einzelner vom Reichsbahnzentralamt abgeschlossener Geschäfte.

Das Reichsbahnzentralamt habe i. J. 1924 der **Firma Dr. Kämpfer u. Co.** in Gliesmarode bei Braunschweig reichsbahneigenes Altmetall zur Umarbeitung übergeben. Als die Firma in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 Metalle im Werte von 400 000 Mark zurückliefern sollte, war sie dazu nicht in der Lage; sie befand sich damals in Zahlungsschwierigkeiten und ist heute in Konkurs. Die **Firma H. Schoyer** (Charlottenburg), deren Mitinhaber Pfeiffer mit Reichsbahndirektor Neumann persönlich befreundet war, und die **Firma Alfred Dreyfuß** (Charlottenburg) sind dann an das Reichsbahnzentralamt mit dem Anerbieten herangetreten, die Forderungen an die Firma Dr. Kämpfer u. Co. zu übernehmen. Dafür wurde den beiden Firmen der größere Teil des Altmetallabfalls zur Umarbeitung auf die Dauer von fünf Jahren mit hohem Umarbeitungslohn und sehr günstigen Rücklieferungsbedingungen zur Verfügung gestellt. Das Konsortium übernahm dafür die Forderungen der Reichsbahn, die aber nicht in bar gezahlt, sondern langsam aus dem Guthaben verrechnet werden sollten. **Aus diesem Vertrage soll die Firma einen Jahresverdienst von rund 1,2 Millionen Mark erzielt haben. Aber die Seltsamkeiten häuften sich.** Zunächst verlautete gerüchtweise, daß Reichsbahndirektor Neumann eine schloßartige **Villa in Neubabelsberg** besitze, zu Dr. Kämpfer, mit dem er seinerzeit den Verwertungsvertrag geschlossen hatte, in persönlichem Verhältnis stand und daß der Firma Dr. Kämpfer u. Co. die 400 000 Mark, die sie der Reichsbahn schuldete, auf dem Gnadenwege geschenkt worden seien, da der oben erwähnte Schoyervertrag die Forderungen der Reichsbahn übernahm und sie aus eigenem Guthaben abbuchte.

Jetzt stellte sich aber heraus, daß **die Villa in Neubabelsberg ehemals Besitz Dr. Kämpfers** war, dem Reichsbahndirektor Neumann zunächst als Mietshaus überlassen und dann von diesem zu überaus günstigen Bedingungen erworben wurde. Der Erwerb geschah mittels einer Hypothek, die der ehemalige Direktor der Frankfurter Metallgesellschaft Heinrich Warning auf das Haus hatte eintragen lassen. Warning, der bis zum Jahre 1924 Berliner Vertreter der Frankfurter Metallgesellschaft gewesen war und als solcher vielfach mit dem Reichsbahnzentralamt zu verhandeln hatte, hatte im Jahre 1924 eine selbständige Gesellschaft gegründet, an der die Frankfurter Metallgesellschaft als stiller Gesellschafter beteiligt war. Durch persönliche Verhandlungen Warnings mit Neumann wurde erreicht, daß die **Firma Heinrich Warning Treuhänderin für die Verschrottung** sämtlicher zu verschrottenden Lokomotiven wurde. Während der Jahre 1924/26 sollen etwa 4000—6000 Lokomotiven zur Verschrottung gekommen sein und der mit Warning geschlossene Vertrag soll **außerordentliche Gewinne für Warning vorgesehen haben.** Wie behauptet werde, soll er bis zum Jahre 1926 60 Prozent des Werts erhalten haben, während zur Zeit die Quote 30 Prozent für Warning, 70 Prozent für die Reichsbahn beträgt. Reichsbahndirektor Neumann soll sich für diese Verträge Rückendeckung bei dem damaligen Präsidenten des Reichsbahnzentralamts beschafft haben.

Zusammenfassend kommt die „Voss. Ztg." zu dem Schluß, daß **Reichsbahndirektor Neumann zum mindesten eine unglückliche Hand gehabt hat** und daß die Verträge, die er schloß und die möglicherweise unter den damals herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen formell nicht zu beanstanden waren, **heute der Reichsbahn schwere Nachteile gebracht haben. Auffällig aber und schwer belastend müsse der Villenkauf in Neubabelsberg erscheinen.**

Die Königsberger Konferenz beendet.

Bildung von drei Kommissionen.

* Königsberg (Telunion). Gestern nachmittag um ½6 Uhr setzten die polnische und die litauische Delegation die vormittags begonnene öffentliche Plenarsitzung fort. Nach einleitenden Worten Zaleskis wurden 3 Kommissionen eingesetzt, die sich mit der Bearbeitung der der Konferenz eingereichten Vorschläge zu befassen haben. Die erste Kommission, unter Leitung des Polen Schumlakowski und des litauischen Ministers Zaunius, wird sich mit den wirtschafts- und verkehrspolitischen Fragen, die zweite Kommission unter Leitung des polnischen Ministerialdirektor Kolowko und des litauischen Ministerialdirektors Balutis mit der Sicherheitsfrage und die dritte Kommission, die litauischerseits von dem Berliner Gesandten Sidzikauskas, polnischerseits von Graf Tarnowski geleitet wird, mit den Fragen des örtlichen Verkehrs zu beschäftigen haben.

Die Vorsitzenden dieser drei Kommissionen werden am 20. April in Berlin zusammentreffen, um über die Aufnahme ihrer Arbeiten zu beschließen. Es ist vorgesehen, daß die erste Kommission in Kowno, die zweite in Warschau und die dritte vermutlich in Berlin oder in Königsberg tätig sein wird.

Zum Schluß der Sitzung gaben Zaleski und Woldemaras ihrer Genugtuung über den Verlauf der Tagung und ihren Dank für die deutsche Gastfreundschaft Ausdruck, womit die Königsberger Konferenz beendet war.

•

Ministerpräsident Woldemaras über den Ausgang der Königsberger Konferenz.

* Königsberg. Ministerpräsident Woldemaras gewährte dem Vertreter der Telegraphen-Union gestern noch eine Unterredung, in der er den Abschluß der Königsberger Konferenz als einen Schritt vorwärts bezeichnete. Die Konferenz sei nicht abgebrochen worden, sondern die Kommissionen würden weiter tagen und deren Vorsitzenden würden sich demnächst zu einer Vorbesprechung treffen. Die Arbeiten seien allerdings sehr schwierig und man müsse sich darauf gefaßt machen, daß eine Klärung der vorliegenden Fragen nur im Laufe einiger Monate erzielt werden könne. Es komme hinzu, daß Litauen am 16. April gleichzeitig Verhandlungen mit Deutschland aufnehmen müsse, die einen Teil seiner Sachverständigen beschäftigen würden. Die Konferenzarbeiten würden zweckmäßigerweise dort geführt werden, wo sich das einschlägige Material zu den vorliegenden Fragen befände. Das Kownoer Archivmaterial über die Entschädigungsansprüche ließe sich schwer an einen anderen Ort bringen. Woldemaras zeigte sich über das Entgegenkommen polnischerseits befriedigt.

•

Polnische Befriedigung über das Ergebnis von Königsberg.

Warschau. (Funkspruch.) Die polnische Presse ist mit dem Ergebnis der polnisch-litauischen Konferenz zufrieden. Uebereinstimmend wird der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der in Königsberg erzielte Erfolg der geschickten, vorsichtigen und kaltblütigen Haltung Zaleskis zu danken sei.

Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats.

ndz. Berlin. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats behandelt gegenwärtig den Schlußbericht der Weltwirtschaftskonferenz und die Frage, welche deutschen Zollsätze ermäßigt werden können, die zweckmäßige Verteilung von Behördenaufträgen, eine Novelle zum Gesetz über gewerblichen Rechtsschutz und den Schutz von Berufsbezeichnungen im Baugewerbe (Meister, Privatarchitekt usw.). Der Sozialpolitische Ausschuß beschäftigt sich u. a. mit dem Arbeitsschutz-Gesetz, der Arbeitszeitverordnung, den Berufskrankheiten und dem Berufs-Ausbildungsgesetz.